

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education / Reprints

Ökonomik als Politik

Ein ökonomisches Paradigma im
Kern der politischen Bildung

Reinhold Hedtke

2016 (2010)

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Reprints

ISSN 2364-771X

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Reprints in der Reihe Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften machen bereits andernorts veröffentlichte Forschungsergebnisse leicht zugänglich.

Reprints as a part of the series Social Science Education Working Papers make already elsewhere published research easily accessible.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

E-Mail

reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen@uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985



Bielefeld 2016

© Copyright by the author(s)

Ökonomik als Politik

Reinhold Hedtke

1	Ökonomische Bildung durch Ökonomik	1
2	Ökonomik als Gesellschafts- und Politiktheorie	2
3	Die Ökonomik der Politikwissenschaft	3
4	Ökonomik im Kern der Politischen Bildung	4
	Literatur	5

Reinhold Hedtke

Ökonomik als Politik

Ein ökonomisches Paradigma im Kern der politischen Bildung¹

Ökonomik ist Politik. Ökonomisch inspirierte Analysen der Politik und Politikempfehlungen spielen in Wissenschaft, Medien und politischem Betrieb eine zunehmend größere Rolle. Ökonomisch angeleitete Denkmuster und Legitimationsfiguren stoßen im öffentlichen Diskurs auf hohe Resonanz und breite Akzeptanz. Schließlich nutzen Wirtschafts- und Politikdidaktiker die Ökonomik, um aus fachpolitischen Motiven eine – scheinbar natürliche disziplinäre – Grenze zwischen der ökonomischen und der politischen Bildung zu konstruieren und ihre jeweiligen Einflussbereiche abzustecken (Weißeno 2006). Wirtschaftsdidaktiker sehen in der Ökonomik das Proprium ökonomischer Bildung. Das Paradigma der Ökonomik zielt aber nicht nur auf Erklärung, sondern vor allem auf Empfehlung und Gestaltung, und damit geht es ihm um Politik. Gehört die Ökonomik deshalb in die politische Bildung?

1 Ökonomische Bildung durch Ökonomik

Das paradigmatische Konzept ökonomischer Bildung bezeichnet mit „ökonomisch“ eine spezifische Denkweise oder ein bestimmtes Paradigma, das ursprünglich in der Mikroökonomik der Volkswirtschaftslehre entwickelt und in anderen Sozialwissenschaften ausgebaut und angewendet wird (Hedtke 2002, 30-40). Wirtschaftsdidaktiker, die sich für dieses Paradigma stark machen, sehen den Kern ökonomischer Bildung darin, dass man das paradigmatische Denk- und Analyseschema der „Ökonomik“ kennen und anwenden lernt. „Ökonomisch“ bedeutet dann „aus der Perspektive des Paradigmas der Ökonomik“ oder „mit der Methodologie der Ökonomik analysiert“. Wie verstehen Wirtschaftsdidaktiker dieses Paradigma?

Der „originäre Kern ökonomischer Bildung“ sei die Ökonomik, weil sie erstens – so das bezugsdisziplinäre Argument – das charakteristische Paradigma der Wirtschaftswissenschaften darstelle. Zweitens – so die gesellschaftstheoretische Begründung – passe

dieser methodologische Ansatz besonders gut zu den *allgemeinen* Funktionsbedingungen moderner Gesellschaften, die durch funktionale Differenzierung, Individualisierung, Wahlfreiheit, Wertpluralismus, Dilemmastrukturen und Institutionenabhängigkeit charakterisiert seien (Karpe/Krol 1999, Krol/Zoerner 2008, 126; ähnlich Schimank 2000, 158-167). Die klassische Abhängigkeit zwischen Akteuren (vertikale Hierarchie, Macht, Interessengegensatz, Konflikt und Positionierung) werde durch eine neue Abhängigkeit abgelöst, die durch horizontale Funktionsbeziehungen, Vorteilskalküle, Dilemmasituationen sowie Kooperation bzw. Suche nach Win-win-Lösungen charakterisiert sei (Krol/Zoerner 2008, 97). Man belegt diese Gesellschaftsanalyse mit Argumentationsfiguren aus der soziologischen Systemtheorie (Niklas Luhmann), der Risikosoziologie (Ulrich Beck), Theorien des sozialen Wandels und der Modernisierung (Karl Otto Hondrich) sowie der Sozialphilosophie.

Das dritte, fachdidaktische Argument fügt man aus diesen beiden sozialwissenschaftlichen Argumenten zusammen: Weil die Perspektive des Ökonomikparadigmas optimal zur modernen Wirklichkeit passe, sei sie „für eine Selbstaufklärung und Weltverständnis anstrebende Bildung (...) nicht ersetzbar“ (Krol/Zoerner 2008, 126 f.). Sie eigne sich besonders, um die typischen, durch Dilemmasituationen verursachten Krisen moderner Gesellschaften zu verstehen und zu überwinden. Typische dilemmatische Probleme seien etwa Umweltbelastung, Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit oder extensive Nutzung von Sozialleistungen. Ökonomische Bildung vermittele die Perspektive der Ökonomik, die auf Interaktionsprobleme zwischen gesellschaftlichen Akteuren „im Rahmen gesellschaftspolitischer Bildung und Selbstaufklärung“ fokussiere. Diese ökonomische Bildung „tritt mit originären Beiträgen neben die politische Bildung, bleibt aber deren Zielen verpflichtet“ (S. 127). Bildung durch Ökonomik behandelt das Problem der Kooperation in der Gesellschaft und damit das Grundproblem der politischen und gesellschaftlichen Ordnung sowie die Gestaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und seiner Institutionen.

¹ Dieser Text ist erschienen in Politische Bildung 43. Jg. 2010, Heft 4, 140-149. © Reinhold Hedtke 2015.

Die paradigmatisch orientierten Wirtschaftsdidaktiker beziehen sich neuerdings meist auf den Ansatz von Ökonomik, den Karl Homann und Andreas Suchanek (2005) in ihrem Einführungslehrbuch darstellen. Innerhalb und außerhalb der Wirtschaftswissenschaften gibt es eine Reihe weiterer Varianten des ökonomischen Paradigmas oder der Politischen Ökonomie, die sich teils deutlich unterscheiden, etwa im Begriff der Rationalität oder des Ausmaßes von Opportunismus (z.B. Kirchgässner 2008; Holzinger 2009, 540-545; Braun 1999). Da sich die paradigmatische ökonomische Bildung eine systematische Auseinandersetzung mit der Ökonomik erspart und im Wesentlichen einfach den Homann-Suchanek-Ansatz übernimmt, dieser aber typische Merkmale dieser sozialwissenschaftlichen Denkweise aus der Familie der Rational Choice-Ansätze aufweist, können ihn wir für unsere fachdidaktische Fragestellung *exemplarisch* diskutieren. Wenn nicht anders angegeben, meint Ökonomik im Folgenden stark vereinfachend immer Homann-Suchanek-Ökonomik.

2 Ökonomik als Gesellschafts- und Politiktheorie

Aus der Perspektive der Ökonomik liegt das Grundproblem moderner Gesellschaften in Dilemmasituationen, in denen es die Interessenkonflikte zwischen den rational und rücksichtslos ihren Nutzen verfolgenden Akteuren verhindern, dass sich ihr *gemeinsames* Interesse durchsetzt (Krol/Zoerner 2008, 122 f.; Homann/Suchanek 2005, 31-36). Die Akteure, so die Annahme, befürchten nämlich wechselseitig, dass der andere ihren eigenen Beitrag zum gemeinsamen Interesse zu seinem Nutzen ausbeutet, oder sie selbst sind geneigt, den anderen auszubeuten. Es fehlt also eine wechselseitig wirksame, verlässliche Verhaltensbindung, die „Verwirklichung gemeinsamer Interessen scheitert an der *Struktur der Situation*“ (Homann/Suchanek 2005, 34). Damit liegt das Grundproblem von Interaktionen in der Verhaltensbindung durch Institutionen (S. 102). Dies ist ein strukturalistischer Ansatz, der ein soziologisches Erklärungsmuster verwendet, das Handeln als durch die gesellschaftlichen Strukturen bestimmt begreift, in denen es stattfindet (vgl. Schimank 2000, 338 f.).

„Die Ökonomik befasst sich mit Möglichkeiten und Problemen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil“; ihre handlungstheoretische Grundlage, ist „die individuelle Vorteils-/Nachteils-Kalkulation (...). Dies reicht weit über den ‚Bereich der Wirtschaft‘ hinaus“ (Homann/Suchanek 2005, 5). Soziologisch kann man feststellen, dass sich „ein am Eigennutz orientierter Homo Oeconomicus in der modernen Gesellschaft breitmacht“ und man deshalb „diesem Akteurmodell heute einen theoretischen Primat zusprechen“ kann (Schimank 2000, 165). Dann mutiert der universal zeitlose Homo

Oeconomicus zu einem historischen, epochalen Phänomen. Politisch kann man ergänzen, dass sich ein relevanter Teil des politischen Diskurses und eine ganze Reihe von Politiken implizit oder explizit am ökonomischen Akteurmodell orientieren, etwa in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Im Fokus steht die soziale Dimension des Handelns, die Interaktion, nicht die individuelle Handlung; dies charakterisiert auch soziologisches Denken. Die Ökonomik ist „keine Verhaltenstheorie, sondern eine Situationstheorie“ (Homann/Suchanek 2005, 370). Sie zielt auf „*Erklärung zwecks Gestaltung*“, sieht „ihr letztes Ziel bzw. ihren Sinn in einer Gestaltung der sozialen Welt“ und will „zur *Lösung der Probleme der sozialen Ordnung*“ beitragen (S. 347, 349). Damit formuliert die Ökonomik einen dezidiert politischen Anspruch.

Die Ökonomik versteht sich als allgemeine Sozialtheorie (Schmidt 1996, 268 f.) und steht damit in Konkurrenz zu anderen Sozialtheorien. Homann und Suchanek definieren Gesellschaft mit Bezug auf Rawls als ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, bei dem die Akteure systematisch und immer zugleich gemeinsame und konfligierende Interessen haben (vgl. Homann/Suchanek 2005, 44-47). Die gemeinsamen Interessen umfassen aber keineswegs gesellschaftliche Ziele oder geteilte Werte, sondern bestehen ausschließlich im *formal* gemeinsamen Interesse an der Interaktion, sofern diese wechselseitige Gewinne im weitesten Sinne ermöglicht (Kooperationsgewinne). Die Interaktionen mit anderen dienen den Individuen allein als Instrument, um ihren individuellen Nutzen zu maximieren, und nur deshalb sind sie gegebenenfalls bereit, allgemeinen Regeln für die Interaktionen zuzustimmen. Auch diese handlungstheoretischen Annahmen der Ökonomik sind politisch hoch relevant. Sie finden Unterstützung in soziologischen Analysen.

Die Institutionen dienen der Koordination der Handlungen individueller Akteure im gemeinsamen Interesse *aller* Betroffenen an geringen Interaktionskosten, stabiler sozialer Ordnung und der Verwirklichung der wechselseitigen Vorteile. Sehen die Individuen dies als durch die geltenden institutionellen Regeln nicht gesichert, unterlassen sie gesellschaftlich erwünschte Investitionen. Deshalb muss man die Institutionen kontrolliert anpassen (Institutionenmanagement), und es sind vor allem Politiker oder allgemeiner der Staat, dem diese Aufgabe als Agent übertragen wird. Aus dieser Sicht ist der Staat ein „institutionelles Arrangement zur Festlegung, Durchsetzung und Anpassung von Institutionen, das sich die Bürger selbst schaffen bzw. geschaffen haben“, „um Kooperationsgewinne zu realisieren“ (S. 179; Hervorh. entfällt).

Neben der inneren und äußeren Sicherheit weist die Ökonomik dem Staat in modernen, entwickelten Ge-

sellschaften die „Hauptaufgabe“ zu, „die Voraussetzungen für Investitionen und funktionierende Märkte zu schaffen“ (S. 181). Dazu gehört, individuelle Verfügungsrechte über Vermögenswerte zu definieren, zu schützen und Rechtssicherheit zu schaffen, um Tauschgeschäfte und organisierte Märkte zu ermöglichen, den Wettbewerb zu sichern, eine Währungsordnung zu gewährleisten, die Humankapitalbildung zu fördern, Versicherungssysteme zu errichten oder errichten zu lassen (S. 205).

Mit diesen Staatsaufgaben stellt sich zugleich das grundlegende Problem der Kontrolle des Staates. Aus Sicht dieser Ökonomik kann man keinesfalls annehmen, dass Politiker wohlwollend agieren und vor allem der Realisierung des Gemeinwohls dienen wollen. Weil Politiker wie alle individuellen Akteure eigeninteressiert handeln, entstehen dieselben strukturellen Probleme des Prinzipal-Agent-Verhältnisses wie z.B. zwischen Unternehmenseigentümern und angestellten Managern (S. 189 f.). Also muss man auch für Politiker Anreiz-Sanktions-Schemata institutionalisieren, die diese so lenken, dass sie ihre Aufgabe des Institutionenmanagements im Interesse aller Betroffenen auch tatsächlich erfüllen. Beispielsweise investieren Akteure nur dann, wenn sie sicher sein können, dass der Staat ihnen nicht nur zunächst, sondern auf Dauer den größten Teil der Erträge zugesteht und glaubhaft darauf verzichtet, sich später doch einen größeren Anteil anzueignen (S. 221). Institutionen der Gewaltenteilung, des politischen Wettbewerbs, der rechtlichen Aufsicht über die Politik oder der Medien- und Informationsfreiheit sind einschlägige Formen der Kontrolle von Staat und Politikern.

Nach Auffassung dieser Ökonomik arbeitet Politik mit geeigneten Regelsystemen, die dafür sorgen, dass die erwünschten Handlungen, die alle Betroffenen besser stellen, zugleich auch den individuellen Nutzen aller Beteiligten maximieren, sodass sich die gesellschaftlich erwünschten Ergebnisse als nicht intendierte Nebenfolgen von intendierten, eigeninteressierten Individualhandlungen ergeben (S. 42 f.). Gesellschaftlich unerwünschte Ergebnisse resultieren danach aus ungeeigneten *Institutionen*, nicht aus ungeeigneten *Intentionen*. Da Gesellschaft Interaktion bedeutet, macht es politisch nur Sinn, die institutionellen Rahmenbedingungen für Interaktion zu ändern. Politiken, die die Intention von Individualhandlungen beeinflussen wollen, um gesellschaftliche Ergebnisse zu erzielen, sind „völlig ungeeignet“ (S. 43). Wer umweltfreundlicheres Handeln erreichen will, so das klassische ökonomische Argument auch in der Wirtschaftsdidaktik, müsse es institutionenpolitisch durch Anreize und Sanktionen „billiger“ machen als umweltschädigendes; moralische Appelle an das Umweltbewusstsein des Einzelnen seien zum Scheitern verurteilt. Auch dies passt gut zu soziologischem Denken, dessen ersten Imperativ man als „Nicht moralisieren!“

formulieren kann (Schimank 2000, 337); dies trifft im Prinzip auch für politisches Denken in einer hochgradig pluralistischen Gesellschaft zu. Umweltmoral bleibe aber wichtig, damit solche Institutionenpolitiken die nötige politische Akzeptanz bei den Bürgerinnen finden.

3 Die Ökonomik der Politikwissenschaft

Die Ökonomik im hier aufgegriffenen Sinne und allgemeiner gesprochen: der rationalistische Institutionalismus umfassen Gesellschaftstheorie, Handlungstheorie und Institutionentheorie und leiten daraus Staats-, Politik- und Demokratietheorie ab. Diese Ökonomik empfiehlt, Situationen grundsätzlich so zu strukturieren, dass sie eine Zusammenarbeit rational handelnder Akteure zum *gegenseitigen* Vorteil ermöglichen und befördern. Damit zielt sie auf *politische* Gestaltung von Institutionen oder auf Institutionenpolitik. Das Paradigma der Ökonomik, das die Wirtschaftsdidaktik zum Kern ökonomischer Bildung erklärt, bietet eine alternative Denkweise über Politik, die die Politikdidaktik aber bisher nicht aufgreift. Welche Bedeutung diese Perspektive in der Politikwissenschaft hat, skizziere ich im Folgenden kurz an einigen Exempeln (Holzinger 2009, Braun 1999).

Zu den klassischen und politikwissenschaftlich wie politisch folgenreichen Denkfiguren ökonomisch inspirierter, empirisch-analytischer Erklärungsansätze gehören etwa die konstitutionelle Politische Ökonomie um James M. Buchanan und Gordon Tullock und damit Staats-, Verfassungs- und Ordnungstheorie, Theorien des rationalen Wähler- und Parteienverhaltens von Anthony Downs oder Franz U. Pappi, die ökonomische Theorie der Demokratie und der Logik kollektiven Handelns von Mancur Olson, auf institutionenökonomischen Prinzipal-Agent-Modellen basierende Bürokratietheorien, strategische und kooperative spieltheoretische Modelle von Dilemmasituationen, Kooperationsproblemen, die Koalitionstheorie, die Tragödie der Allmende etwa bei Elinor Ostrom, die auf Transaktionskostenanalysen gründende Theorie institutionellen Wandels von Douglass C. North oder ökonomische Analysen des Wohlfahrtsstaates. Besonders erfolgreich setzten sich politisch-ökonomische Zugriffsweisen in der Teildisziplin Internationale Beziehungen durch. Aus der deutschen Politikwissenschaft heraus entwickelte sich der Akteurzentrierte Institutionalismus von Renate Mayntz und Volker Scharpf zu einem prominenten Ansatz (Scharpf 1997); ähnlich geht der situationsstrukturelle Ansatz von Michael Zürn vor. Politikfeldanalysen mittels ökonomischer Ansätze finden sich zur Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, Steuer- und Finanzpolitik oder Sozial- und Gesundheitspolitik oder Europapolitik (vgl. aus fachdidaktischer Sicht Hippe 2010). In der vergleichenden Politikwissenschaft nutzt man institutionalistische und spieltheoretische Analyseverfahren,

z. B. den Vergleich der Vetospieler in politischen Systemen. Aber auch rationalentscheidungstheoretische politics-Analysen, etwa der europäischen Entscheidungsprozesse, gehören zu den Anwendungsbereichen politisch-ökonomischer Ansätze.

Rational Choice-Ansatz (RC) oder Rationalhandlungsinstitutionalismus stoßen in der Politikwissenschaft international auf erhebliche und zunehmende Resonanz, und auch in der Soziologie haben sie eine lange Tradition (vgl. Braun 1999, Schmidt 2006, Schmid 2008). Viele der oben genannten Ansätze gehören inzwischen zum politikwissenschaftlichen Standardrepertoire. Mit „Ausnahme der politischen Theorie lässt sich eine größere Offenheit gegenüber dem Ansatz“ auch in Deutschland feststellen, zwei Fünftel der Befragten einer Erhebung der DVPW gaben an, „dass sie ihre Forschungen stark oder sehr stark auf den RC-Ansatz stützen“ (Holzinger 2009, 561 f.).

Wenn sich die Philosophie des Faches Politische Bildung wesentlich auf die Politikwissenschaft bezieht und in ihr die Disziplin sieht, „die eine gedankliche und begriffliche Ordnung in die Welt des Politischen bringt“, und „die Politikdidaktik diese Ordnungsversuche in ihre Theoriebildung einzubeziehen“ hat (Weißeno u.a. 2010, 23), dann gehören auch ökonomische Denkfiguren zum inhaltlichen Kernbestand Politischer Bildung. Wenn sich keine oder nur wenig für die *fachdidaktische Fragestellung* relevante disziplinäre Differenzen zwischen den Sozialwissenschaften finden lassen, gilt dies erst recht. Im Übrigen liegen für alle relevanten Politikfelder zahlreiche institutionenökonomisch inspirierte Gestaltungsempfehlungen vor (Überblick bei Hippe 2009 und 2010).

4 Ökonomik im Kern der Politischen Bildung

Neben dem disziplinären Trend zu einer breiten Anerkennung in der Politikwissenschaft gewinnen ökonomische Analyseansätze der Politik auch dadurch politikdidaktisch erheblich an Relevanz, dass die einschlägigen Gegenstandsfelder politischer Bildung eine zunehmende Ökonomisierung erfahren. Beredte Beispiele für eine Ökonomisierung der Politik finden sich in der öffentlichen Verwaltung oder in der Gesundheitspolitik, in der Orientierung von policies an ökonomischen Denkmodellen etwa bei der Deregulierung der Finanzmärkte oder beim Umbau der Universitäten nach dem Vorbild von Unternehmen, in der Selbstbindung der Politik an wirtschaftswissenschaftliche Vorgaben etwa bei der Staatsverschuldung, im Verständnis politischen Handelns als unternehmerisches Handeln etwa in der Metapher des Standortwettbewerbs oder in der Zuweisung von persönlicher Verantwortung an Arbeitslose, die sich als „Arbeitskraftunternehmer“ neu erfinden sollen (z.B. Czada/Zintl 2003, Evers/Heinze 2008, Richter 2009, Schimank/Volkman 2008; anders Zürn 2008). Die vielfäl-

tigen Phänomene und Programme einer Ökonomisierung der Politik speisen sich aus ökonomischen Weltbildern und Denkweisen, die Lernende kennen und anwenden können müssen, um zu verstehen, was es bedeutet, wenn sich Politik und Gesellschaft sich in dieser Weise ändern.

Damit sprechen neben dem Prinzip der Wissenschaftsorientierung auch die Prinzipien der Betroffenheit und Bedeutsamkeit dafür, das Paradigma der Ökonomik und seine politischen Folgen in den Kanon Politischer Bildung aufzunehmen. Ökonomische Denkweisen und ökonomisierte Politik erfreuen sich anhaltender und lebhafter kontroverser Debatten in Wissenschaft und Gesellschaft; dabei hängen ökonomische Kompetenz und politisches Urteil eng zusammen (Seeber 2010). Auch verlangen die Prinzipien der Kontroversität und der Multiperspektivität, die Ökonomik als Perspektive auf die Politik zu einem klassischen Thema politischer Bildung zu machen. Ob man das im Rahmen eines Konzepts sozialwissenschaftlicher oder politisch-ökonomischer Bildung entwickeln, als komplementäre Leitbilder politischer und ökonomischer Bildung fassen oder in einen koordinierten Lernbereich „Soziale Studien“ einfügen soll, ist eine andere Frage (Hedtke 2008, Lange/Haarmann 2010, Jung 2008, Sander 2010).

Nicht zuletzt liefert das politisch orientierte Paradigma der Ökonomik eine alternative theoretische und politische Konzeption zu den normativ-essentialistischen Theorien, die ein Teil der Politikdidaktik bevorzugt. Diese Ökonomik in der politischen Bildung aufzugreifen sichert die notwendige Kontroversität bereits auf der allgemeinen Ebene methodologischer, paradigmatischer und theoretischer Perspektiven, und nicht erst auf der Ebene konkreter kontroverser Politiken. Die Ökonomik entwickelt eben nicht nur „Modelle wirtschaftlichen Handelns“ (Weißeno 2006a, 136), sondern Modelle auch des politischen Handelns und der gesellschaftlichen Interaktion i.w.S. und eine politische Institutionentheorie. Dass das ökonomische Paradigma nicht zur eigenen weltanschaulichen oder methodologischen Position passt, als unvollständig und unbefriedigend zu qualifizieren ist (Steffens 2008) oder vielleicht nicht zum Mainstream der *deutschen* Politikwissenschaft zählt, reicht für seine fachdidaktische Ablehnung bei weitem nicht aus. Es geht auch nicht um „ökonomische Gegenstände in der politischen Bildung“, ökonomische Realitätsbereiche oder Handlungslogiken (Detjen 2006, 68), sondern um eine analytisch, normativ und pragmatisch grundlegend alternative *Perspektive* auf Politik. Weder fachwissenschaftliche noch fachdidaktische Gründe sprechen dafür, sie aus der Politischen Bildung auszuschließen.

Der Mainstream der Wirtschaftsdidaktik vertritt ein paradigmatisches Konzept, das einen dezidiert politischen Anspruch erhebt: die Ökonomik als Erklärungsmuster mit dem Ziel der politischen und mikro-

politischen Gestaltung von Institutionen. Zum Kern dieses Bildungsprogramms gehören Begriffe und Konzepte wie Politik, Ordnung, Gemeinwohl, Demokratie, Staat, Markt, Sozialstaat, Akteur, Interessengruppe, Konflikt, Entscheidung, Rationalität, Freiheit, Gerechtigkeit, Wahl und öffentliche Güter. Damit fungiert die paradigmatische ökonomische Bildung inhaltlich und intentional als politische Bildung, sie lie-

fert politische Bildung „aus ökonomischer Sicht“. Es gehört zweifellos zu einer modernen Allgemeinbildung, die ökonomische Perspektive auf Politik und Gesellschaft zu kennen und zu beherrschen. Als Ökonomik der Politik gehört die ökonomische Perspektive zum Kern der politischen Bildung. Denn es soll keine politischen Bildungen neben der politischen Bildung geben.

Literatur

- Braun, Dietmar 1999: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung. Opladen, S. 53-184.
- Czada, Roland/Zintl, Reinhard (Hrsg.) 2003: Politik und Markt. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 34. Wiesbaden.
- Detjen, Joachim 2006: Wie viel Wirtschaft braucht die politische Bildung? In: Weißeno (Hrsg.), S. 62-79.
- Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G. (Hrsg.) 2008: Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden.
- Hedtke, Reinhold 2002: Wirtschaft und Politik. Über die fragwürdige Trennung von ökonomischer und politischer Bildung. Schwalbach/Ts.
- Hedtke, Reinhold 2008: Sozialwissenschaftliche Bildung. In: Hedtke/Weber (Hrsg.), S. 296-299.
- Hedtke, Reinhold/Weber, Birgit (Hrsg.) 2008: Wörterbuch Ökonomische Bildung. Schwalbach/Ts.
- Hippe, Thorsten 2009: Gestaltungsorientierte sozialwissenschaftliche Fachdidaktik. Die Frage nach der Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft als zentraler Zielfokus einer integrativen sozialwissenschaftlichen Fachdidaktik für die Sekundarstufe II. Bielefeld (Diss.).
- Hippe, Thorsten 2010: Wie ist sozialwissenschaftliche Bildung möglich? Gesellschaftliche Schlüsselprobleme als integrativer Gegenstand der ökonomischen und politischen Bildung. Wiesbaden.
- Holzinger, Katharina 2009: Vom ungeliebten Störenfried zum akzeptierten Paradigma? Zum Stand der (Neuen) Politischen Ökonomie in Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 50, Heft 3, S. 539-576. <http://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/4293/Holzinger.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, besucht 13.2.2015.
- Homann, Karl; Suchanek, Andreas ²2005: Ökonomik. Eine Einführung. Tübingen.
- Juchler, Ingo (Hrsg.) 2010: Kompetenzen in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.
- Jung, Eberhard 2008: Wirtschaftssubjekt und Staatsbürger. Ergänzende Leitbilder und Konzepte politischer und ökonomischer Bildung. In: Steffens/Widmaier (Hrsg.), S. 38-55.
- Karpe, Jan 2008: Institutionenökonomische Bildung. Hedtke/Weber (Hrsg.), S. 174-176.
- Karpe, Jan/Krol, Gerd-Jan 1999: Funktionsbedingungen moderner Gesellschaften und Neue Institutionenökonomik als Herausforderung für die ökonomische Bildung. In: Krol, Gerd-Jan/Kruber, Klaus-Peter (Hrsg.): Die Marktwirtschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Neue Aufgaben für die ökonomische Bildung? Bergisch Gladbach, S. 21-48.
- Kirchgässner, Gebhard ³2008: Homo Oeconomicus. Tübingen, 3. Aufl.
- Krol, Gerd-Jan/Zoerner, Andreas 2008: Ökonomische Bildung, Allgemeinbildung und Ökonomik. In: Kaminski, Hans u.a. (Hrsg.): Ökonomische Bildung: legitimiert, etabliert, zukunftsfähig. Stand und Perspektiven. Bad Heilbrunn/Obb., S. 91-129.
- Lange, Dirk/Haarmann, Moritz-Peter 2010: Politik – Wirtschaft. Zum Verhältnis zweier Lernfelder unter der Zielperspektive „Mündigkeit“. In: Juchler (Hrsg.), S. 80-90.
- Maurer, Andrea (Hrsg.) 2008: Handbuch der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden.
- Richter, Peter 2009: Ökonomisierung als gesellschaftliche Entdifferenzierung. Eine Soziologie zum Wandel des öffentlichen Sektors. Konstanz.
- Sander, Wolfgang 2010: Soziale Studien 2.0? Politische Bildung im Fächerverbund. In: Juchler (Hrsg.), S. 29-45.
- Scharpf, Fritz W. 1997: Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research. Boulder.
- Schimank, Uwe 2000: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie. Weinheim u.a.
- Schimank, Uwe; Volkmann, Ute 2008: Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer (Hrsg.), S. 382-393.
- Schmid, Michael 2008: Individuelle Entscheidungsrationale und soziale Einbettung. Zum Verhältnis von Ökonomie und Wirtschaftssoziologie. In: Maurer (Hrsg.), S. 87-108.
- Schmidt, Tobias 1996: Zur Erschließung der Theorie sozialer Systeme für Untersuchungen des Finanziellen Sektors. Vorstudien zu einer interdisziplinären Integrationsperspektive. Göttingen.
- Schmidt, Vivien 2006: Institutionalism. In: Hay, Colin u.a. (Hrsg.): The State. Theories and Issues. Basingstoke u.a., S. 98-117.
- Seeber, Günther 2010: Ökonomische Kompetenzen im Schnittfeld zur politischen Bildung. In: Juchler (Hrsg.), S. 70-79.
- Steffens, Gerd 2008: Wirtschaftssubjekt und Staatsbürger. Konkurrierende Leitbilder und Konzepte Politischer Bildung? In: Steffens/Widmaier (Hrsg.), S. 27-37.
- Steffens, Gerd/Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Politische und ökonomische Bildung. Konzepte, Leitbilder, Kontroversen. Wiesbaden.
- Weißeno, Georg (Hrsg.) 2006: Politik und Wirtschaft unterrichten. Wiesbaden (auch Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 483, Bonn).
- Weißeno, Georg 2006a: Kernkonzepte der Politik und Ökonomie. Lernen als Veränderung mentaler Modelle. In: ders. (Hrsg.), S. 120-141.
- Weißeno, Georg u.a. 2010: Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell. Schwalbach/Ts. (auch Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1016, Bonn).
- Zürn, Michael 2008: The politicization of economization? On the current relationship between politics and economics. In: Scherer, Andreas Georg/Palazzo, Guido (Hrsg.): Handbook of Research on Global Corporate Citizenship. Cheltenham u.a., S. 293-312.

Didaktik der Sozialwissenschaften
Social Science Education
Reprints
ISSN 2364-771X

Fakultät für Soziologie
Faculty of Sociology

Didaktik der Sozialwissenschaften
Social Science Education
Reprints
ISSN 2364-771X

Anschrift des Autors:
Reinhold Hedtke
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
33501 Bielefeld
reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de

urn:nbn:de:0070-pub-29052898
Bielefeld: Faculty of Sociology 2016

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Reprints

ISSN 2364-771X

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Reprints in der Reihe Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften machen bereits andernorts veröffentlichte Forschungsergebnisse leicht zugänglich.

Reprints as a part of the series Social Science Education Working Papers make already elsewhere published research easily accessible.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

E-Mail

reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen@uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985



Bielefeld 2016

© Copyright by the author(s)

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Reprints

ISSN 2364-771X

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Reprints in der Reihe Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften machen bereits andernorts veröffentlichte Forschungsergebnisse leicht zugänglich.

Reprints as a part of the series Social Science Education Working Papers make already elsewhere published research easily accessible.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke@uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen@uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985



Bielefeld 2016

© Copyright by the author(s)